

Gebr. Reinfurt GmbH & Co. KG · Niederhoferstr. 105 · D-97222 Rimpfart

ECHA – European Union
P.O. Box 400 00121
00150 Helsinki
Finnland

Ihre Nachricht

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen / Durchwahl

Datum

DS/ET

20.09.2023

Stellungnahme zum Beschränkungs-vorschlag der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) zur Herstellung, Verwendung und Inverkehrbringen von PFAS

Einleitung

Im Rahmen der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit hat die EU-Kommission angekündigt, Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) wegen ihrer potenziellen Gefahreigenschaften für Mensch und Umwelt umfassenden Regelungen unterziehen zu wollen. In diesem Positionspapier äußern wir unsere Bedenken gegenüber einem umfassenden Verbot der Herstellung, Verwendung und Inverkehrbringen von PFAS (Per- und polyfluorierte Chemikalien). PFAS steht hier nicht für einen einzelnen Stoff, sondern für eine breite Familie von fluor- und kohlenstoffhaltigen Stoffen. Nach Definition der ECHA würde dies eine Gruppe von über 10.000 Stoffen umfassen.

Hintergrund

Per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) werden aufgrund ihrer vielfältigen Anwendungsbereiche eingesetzt, darunter Feuerlöschschaum, Leder- und Textilbeschichtungen, (Outdoor-)Kleidung, Schuhen, Teppichen, Verpackungen, Boden- und Autopflegemitteln, Küchenutensilien und zur Produktion von Papieren mit schmutz-, fett- und wasserabweisenden Eigenschaften. PFAS zeichnen sich durch ihre bemerkenswerte Beständigkeit gegenüber Chemikalien und hohen Temperaturen aus. PFAS sind in freier Natur extrem stabil, was Bedenken hervorgerufen hat, dass sich diese Stoffe in der Umwelt anreichern und Schäden an Flora und Fauna verursachen könnten. Aufgrund dieser Stabilität wird vorgeschlagen, PFAS weitestgehend aus dem Verkehr zu ziehen.

Wissenschaftliche Bedenken und Herausforderungen

Im Rahmen des Beschränkungs-vorschlages soll der Anteil von PFAS einen Maximalwert von 25 ppb in Stoffen bzw. 50 ppm bei fertigen Erzeugnissen nicht überschreiten. Eine der herausragenden wissenschaftlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit PFAS besteht darin, dass es eine überwältigende Vielfalt von PFAS-Typen gibt, die identifiziert und analysiert werden müssen. Wie bereits erwähnt wären es, nach der Definition der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) über 10.000 Stoffe. Diese Vielfalt erstreckt sich über verschiedene chemische Strukturen und Zusammensetzungen, was die Analyse und Identifizierung äußerst komplex macht.

Gebr. Reinfurt GmbH & Co. KG
Niederhoferstraße 105
D-97222 Rimpfart
Telefon +49 (0)93 65 819-0
Telefax +49 (0)93 65 819-100

Bankverbindung
Commerzbank Würzburg
SWIFT-BIC DRESDEFF790
IBAN DE17 7908 0052 0320 2306 00

Registergericht Würzburg HRA 467 USt-IdNr. DE811118985
Persönlich haftende Gesellschafterin Verwaltungsgesellschaft Reinfurt mbH
Registergericht Würzburg HRB 196 Gerichtsstand für beide Teile ist Würzburg
Geschäftsführer Michael Wilhelm (Vorsitzender), Robert Paterson
Zertifizierung EN 9100:2018 zertifiziert Herst./Manufact. Code D-2366

Seite: 2
Datum: 20.09.2023
Empfänger: ECHA – European Union, Helsinki

Es ist hervorzuheben, dass es derzeit aber nur etwa 40 standardisierte Analysemethoden gibt, die zur Identifizierung und Bestimmung von PFAS eingesetzt werden können. Diese Methoden sind auf bestimmte PFAS-Verbindungen zugeschnitten und können nicht alle vorhandenen Typen abdecken. Diese Diskrepanz zwischen der Vielfalt der PFAS-Verbindungen und den verfügbaren Analysemethoden führt zu erheblichen Unsicherheiten.

Ohne ausreichende Analysemethoden können viele PFAS-Typen möglicherweise nicht erkannt oder quantifiziert werden, was zu unvollständigen Informationen in der Prozesskette und Rückverfolgung führt. Die wissenschaftliche Gemeinschaft arbeitet daran, neue Analysemethoden zu entwickeln und bestehende Methoden zu verbessern. Dies erfordert jedoch Zeit und Ressourcen, um die vielfältigen PFAS-Typen angemessen zu berücksichtigen. In Anbetracht der Tatsache, dass PFAS in zahlreichen Produkten und Umgebungen vorkommen können, ist es von entscheidender Bedeutung, dass zukünftige Regulierungsmaßnahmen auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen und einer breiten Datenbasis basieren.

Potenzielle Auswirkungen auf die Industrie

Die Industrie hat bereits mit ersten Maßnahmen auf die PFAS-Verordnung reagiert. Beispielsweise hat das Unternehmen 3M angekündigt, ab 2025 keine PFAS mehr herzustellen, und es ist zu erwarten, dass weitere einen ähnlichen Kurs einschlagen werden. Auf Plattformen und Foren für die kunststoffverarbeitende Industrie wird vermehrt nach PFAS-Alternativen gesucht und diskutiert, wie diese aussehen sollen. Dies zeigt, dass die Industrie bereit ist, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verwendung von PFAS zu reduzieren.

Ein umfassendes Verbot von PFAS könnte aber erhebliche Auswirkungen auf die Industrie haben. Viele der PFAS haltigen Produkte sind für Spezial Anwendungen und extremen Bedingungen entwickelt und konzipiert worden. Ein alternatives Material zu finden, die Produktionsprozesse anzupassen, um Standards zu erfüllen, ist nicht einfach und bedarf einen entsprechenden Vorlauf.

Nicht zu vergessen müssen bestehende Anlagen gewartet und Ersatzteile vorgehalten bzw. verfügbar sein. Viele Dichtstoffe bspw. enthalten PFAS Verbindungen für die es bis jetzt keine alternativen gibt.

Das Europäische Parlament hat in ihrer Richtlinie 2009/125/EG festgelegt, das Ersatzteile mindestens 7 Jahre nach dem letzten Inverkehrbringen der EU lieferbar sein müssen. Eine Diskrepanz würde entstehen. Einerseits muss die Versorgungssicherheit gewährleistet sein, aber gleichzeitig dürfen keine PFAS-haltigen Produkte in Umlauf gebracht werden.

Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, die Auswirkungen auf die Industrie im Zusammenhang mit einem PFAS-Verbot sorgfältig zu prüfen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einen reibungslosen Übergang und die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftsstabilität zu gewährleisten.

Auswirkungen auf unser Unternehmen

Ein Verbot von PFAS würde auch unser Unternehmen betreffen. Insgesamt konnten wir 143 Stoffe mit PFAS-haltigen Zusätzen identifizieren. Diese sind überwiegend als PTFE-Additive in Schmiermitteln und Kunststoffen enthalten.

Viele der von uns hergestellten Produkte werden unter extremen Bedingungen eingesetzt. Diese sind speziell entwickelt, um beispielsweise extremen Temperaturen von -200°C bis +200°C standzuhalten. Unsere Produkte werden auch in Vakuumumgebungen oder unter Dampfsterilisation eingesetzt. Die einzigartige Beständigkeit von PFAS gegenüber extremen Temperaturen und aggressiven Umgebungen hat dazu beigetragen, dass unsere Produkte in diesen anspruchsvollen

Seite: 3
Datum: 20.09.2023
Empfänger: ECHA – European Union, Helsinki

Anwendungsbereichen erfolgreich eingesetzt werden können.

Ein Verbot von PFAS bringt die Herausforderung mit sich, alternative Materialien zu finden, die die gleiche Leistung und Beständigkeit unter solchen extremen Bedingungen bieten können. Dies würde erhebliche Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen erfordern und zu enormen Kosten führen. Darüber hinaus könnten die Produkte, die aufgrund von PFAS-Verboten angepasst werden müssen, möglicherweise nicht mehr den Anforderungen unserer Kunden in Bezug auf Beständigkeit und Zuverlässigkeit genügen.

Unsere Produkte werden in vielen kritischen Anwendungen eingesetzt, bei denen die Zuverlässigkeit und Leistung von entscheidender Bedeutung sind. Ein unüberlegtes Verbot von PFAS, ohne angemessene Alternativen in Betracht zu ziehen, würde die Sicherheit und Effizienz in diesen Anwendungen gefährden.

Finanzielle und personelle Ressourcen

Ein Verbot von PFAS würde unser Unternehmen vor erhebliche finanzielle und personelle Herausforderungen stellen. Angesichts der breiten Palette von Anwendungen über Medical, Space, Defense, Dental, etc. wären wir gezwungen, alternative Materialien für eine Vielzahl von Produkten zu prüfen. Dieser Prozess erfordert erhebliche Ressourcen, sowohl finanziell als auch personell.

Als mittelständisches Unternehmen verfügen wir nicht über die gleichen finanziellen Mittel und das gleiche Forschungs- und Entwicklungspersonal wie beispielsweise große Konzerne, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Die Suche nach geeigneten Alternativen und die Prüfung ihrer Eignung für unsere speziellen Anforderungen würden Jahre dauern und erhebliche Kosten verursachen.

Als Unternehmen nehmen wir unsere Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Gesundheit unserer Mitarbeiter ernst und sind bestrebt, nachhaltige Lösungen zu finden. Allerdings benötigen wir angemessene Unterstützung und eine realistische Übergangszeit, um diesen Übergang erfolgreich zu bewältigen. Ein zu rasches oder unüberlegtes Vorgehen könnte unsere finanzielle Stabilität gefährden und die Existenz unseres Unternehmens bedrohen.

Wir appellieren an die ECHA und andere Regulierungsbehörden, die besonderen Herausforderungen von mittelständischen Unternehmen zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass die Umsetzung von Regulierungsmaßnahmen realistisch und machbar ist, um gleichzeitig die Umwelt und unsere Industrie zu schützen.

Übergangszeit und Berücksichtigung verschiedener Branchen

Die vorgeschlagene Übergangszeit von 18 Monaten erscheint unverhältnismäßig kurz, insbesondere wenn berücksichtigt wird, dass eine große Anzahl von Unternehmen und Branchen betroffen sein könnte. Zwar sind Ausnahmen und längere Fristen vorgesehen, diese sind aber nur auf einige wenige Branchen und Produkte beschränkt und würden einen erheblichen Dokumentationsaufwand mit sich bringen.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass das vorliegende Dossier nicht alle Branchen ausreichend berücksichtigt, die von einem umfassenden Verbot betroffen sein könnten. Eine ausführliche Bewertung und Berücksichtigung der Auswirkungen auf alle betroffenen Branchen und die erforderliche Übergangszeit sind von wesentlicher Bedeutung, um eine reibungslose Umsetzung zu gewährleisten und wirtschaftliche Stabilität zu erhalten.

Seite: 4
Datum: 20.09.2023
Empfänger: ECHA – European Union, Helsinki

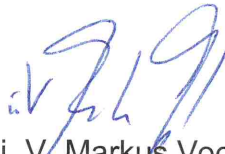
Fazit

Ein umfassendes Verbot der Herstellung, Verwendung und Inverkehrbringen von PFAS durch die europäische Chemikalienagentur (ECHA), das keine Differenzierung zwischen verschiedenen PFAS-Verbindungen vornimmt und ungefährliche Stoffe wie PTFE (Polytetrafluorethylen) sowie bestimmte Fluorpolymere, die als Polymers of Low Concern (PLC) gelten, einschließt, könnte schwerwiegende wirtschaftliche Auswirkungen haben. Die Industrie benötigt ausreichend Zeit und Ressourcen, um alternative Materialien zu finden und ihre Produktionsprozesse anzupassen, um die Standards zu erfüllen und gleichzeitig Umwelt- und Gesundheitsrisiken zu minimieren. Wir fordern die ECHA auf, alternative Maßnahmen wie strenge Regulierung und Differenzierung zwischen gefährlichen und ungefährlichen PFAS-Verbindungen in Betracht zu ziehen, um die potenziellen Risiken von PFAS angemessen zu minimieren, während lebenswichtige Anwendungen geschützt werden.

Mit freundlichen Grüßen



ppa. Thomas Kreis
Director R&D



i. V. Markus Vogel
Supply Chain Management & Fulfillment

